

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

6. Oktober 2022

MdL Elke-Annette Schmidt

TOP 16

Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE

Für ein gutes Leben im Alter

- Drucksache 8/1355 -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Abgeordnete,
die Enquetekommission „Älter werden in M-V“ hat uns eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen mitgegeben, von denen in der Vergangenheit noch nicht allzu viele umgesetzt wurden. Mit diesem Antrag wollen wir das ändern.

Einsamkeit ist ein Phänomen, das alle Bevölkerungsgruppen betreffen kann, das sich bei alten und hochbetagten Menschen aber am häufigsten manifestiert. Wenn der Partner oder die Partnerin sowie Freunde und Bekannte verstorben sind, Kinder und Enkelkinder in kilometerweiter Entfernung leben und auch in der Nachbarschaft niemand bekanntes mehr wohnt, sind persönliche Kontakte äußerst begrenzt. Wenn dazu auch noch die eigene Mobilität aus gesundheitlichen Gründen eingeschränkt ist oder es keinerlei seniorengerechte Infrastruktur am Lebensort gibt, ja dann ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so gut wie unmöglich.

Prof'in. Dr. Luhmann, eine der führenden deutschen Einsamkeitsforscherinnen, hat Einsamkeit definiert als (ich zitiere) „eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen den gewünschten und den tatsächlichen sozialen Beziehungen.“ (Zitat Ende)
Problematisch wird es, wenn sich das Gefühl der Einsamkeit verstetigt und mit einem dauerhaften Leidensdruck einhergeht. Chronische Einsamkeit macht nicht nur unglücklich, sie ist auch mit einer Vielzahl von körperlichen und psychischen Erkrankungen verbunden. In einer solchen Situation sollte sich niemand im letzten Teil seines Lebens wiederfinden müssen.

Die Zeiten, in denen die Großeltern ihre Rentenjahre im Kreise der Familie verbrachten und so in soziale Beziehungen eingebunden waren, sind allerdings weitestgehend vorbei. Das ist in mancher Hinsicht beklagenswert, doch können wir die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, mit einer immer älter werdenden Bevölkerung einerseits und einer immer weiter zunehmenden Individualisierung andererseits, nicht einfach zurückdrehen. Wir müssen mit ihnen umgehen und Lösungen finden, um den Tendenzen der Vereinsamung so früh wie möglich entgegenzuwirken.

Für diese Aufgabe sind alle sozialen, gesellschaftlichen und politischen Akteure gefragt: ob Seniorenverbände, kommunale Strukturen, die freie Wohlfahrtspflege oder Patientinnenorganisationen.

All jene sollen – so unser Vorschlag – gemeinsam mit den Regierungsfractionen des Landtags ein starkes und tatkräftiges Bündnis schmieden, das wirksame Strategien zum Schutz vor Vereinsamung alter und hochbetagter Menschen entwickelt. Ein runder Tisch soll die dazu notwendige Kooperationsplattform bilden.

Meine Damen und Herren,
wir fangen damit aber nicht bei null an. Wir wissen bereits, dass bürgerschaftliches Engagement gegen Einsamkeit wirkt, zum Beispiel, wenn ältere Menschen Freizeit- und Hilfsangebote für sich und für andere schaffen.

Wer bis ins hohe Alter aktiv und engagiert bleibt, erlebt sich weiterhin als schöpferisches Mitglied der Gesellschaft und bleibt sehr wahrscheinlich eingebunden in eine soziale Gemeinschaft – dies natürlich immer im Rahmen der individuellen Möglichkeiten, das ist mir nochmal wichtig zu betonen.

Denn bei der Freiwilligenarbeit steht das solidarische Miteinander im Mittelpunkt: sie wirkt nicht nur der eigenen Einsamkeit entgegen, sie bringt auch Angebote hervor, die gegen die Vereinsamung anderer wirken können.

Ein derartiges Engagement gibt es bereits vielerorts, denn unser Land verfügt über ein dicht geknüpftes Netz an Vereinen und Initiativen, in denen sich Menschen vorbildlich engagieren und gegenseitig Hilfe und Unterstützung leisten. Dieses Netz soll weiter gefördert und gestärkt werden, durch eine umfassende Engagement-Strategie für Mecklenburg-Vorpommern. Damit wollen wir die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiter verbessern, eine breite Beteiligung sichern und Wege zur Gewinnung neuer Ehrenamtlicher aufzeigen.

Ein weiterer seniorenpolitischer Aspekt, den wir mit unserem Antrag aufgegriffen haben, ist die Digitalisierung unserer Lebenswelten. Diese erstreckt sich in alle Lebensbereiche und auf alle Altersgruppen, dementsprechend müssen auch ALLE die digitalen Möglichkeiten nutzen und anwenden können.

Wenn zukünftig etwa die Kommunikation mit Ämtern, Krankenkassen oder gar Ärzt*innen überwiegend digital erfolgt, werden auch die alten und hochbetagten Menschen damit Schritt halten müssen.

Im privaten Bereich wiederum bieten digitale Geräte und Anwendungen passable Möglichkeiten der Vermeidung oder wenigstens Verringerung von Einsamkeit. SMS, Sprachnachricht, Videocall und Co. können helfen, mit der Familie, Freunden und Bekannten in Kontakt zu bleiben. Auch dafür brauchen ältere Menschen die nötigen Kompetenzen. Und deshalb möchten wir auch hier das solidarische Miteinander stärken.

Denn entgegen allen Klischees interessieren sich viele Senior*innen durchaus für die digitalen Möglichkeiten. Sie haben Spaß daran, sich neue Kenntnisse anzueignen und mitunter auch dieses Wissen an andere weiterzugeben. Ein solches Engagement möchten wir weiter unterstützen und die Ausbildungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Multiplikator*innen ausbauen. Gleichzeitig müssen eher technik-ferne Senior*innen noch stärker für den notwendigen Umgang mit digitalen Anwendungen und Endgeräten sensibilisiert werden.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete,
erfreulicherweise leben auch die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern immer länger. Unser Anspruch muss es daher sein, ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen. Damit erschöpft sich Seniorenpolitik keineswegs in Fragen der Pflege und Versorgungsplanung. Sie muss deutlich umfangreicher gedacht und insbesondere auf kommunaler Ebene als Querschnittsthema in alle Fachbereiche integriert werden: Ob Stadtplanung, Wohnungsbau, Beratungslandschaften, Präventionsmaßnahmen, bürgerschaftliches Engagement oder Digitalisierung - all diese und weitere Themenfelder berühren die Lebenswelt von älteren, alten und hochbetagten Menschen. Insofern ist es sinnvoll, und auch das ist ein Ergebnis der Enquetekommission, die Pflegesozialplanung der Kommunen entsprechend zu erweitern. Kommunen, die solch weitergehende Konzepte erarbeiten und implementieren, wollen wir auch weiterhin gezielt unterstützen.

Alle diese Handlungsfelder, also bürgerschaftliches Engagement, digitale Anwendungen, seniorenpolitische Gesamtplanungen in den Kommunen, zeigen Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen gegen Einsamkeit auf. Im Rahmen des runden Tisches sollen diese entwickelt und diskutiert werden. Die Ergebnisse werden dann beispielsweise in die Senior*innenarbeit vor Ort oder in die Arbeit des Sozialministeriums einfließen, um zielgerichtet und erfolgsversprechend umgesetzt zu werden.

Vielen Dank.